

Demo für albanische Familie

Protest gegen Abschiebung von Mutter und drei Kindern geht weiter

VON PETER FREITAG

Rhein-Sieg-Kreis. Gegen die Abschiebung einer vierköpfigen albanischen Familie durch die Ausländerbehörde haben am Mittwochnachmittag vor dem Siegburger Kreishaus rund 100 Menschen demonstriert. Die Demonstranten warfen der Kreisverwaltung und Landrat Sebastian Schuster (CDU) vor, die Mutter und ihre drei Kinder in ihre Heimat abgeschoben zu haben, obwohl diese nach Gewalterfahrungen durch den Familienvater traumatisiert sein sollen.

Zudem kritisierten sie, dass die Abschiebung erfolgte, obwohl die Härtefallkommission und der Petitionsausschuss des Landtag sich für ein Bleiberecht für die Familie ausgesprochen hatten. Die 36 Jahre alte Mutter war am frühen Morgen aus der LVR-Landesklinik in Bonn geholt und zur Abschiebung zum Düsseldorfer Flughafen gebracht worden, die beiden jüngeren Kinder aus dem Siegburger Kinderheim und der 16-jährige Sohn aus dem ehemaligen Happerschoss Pfarrhaus.

4300 Unterschriften

Unter den Demonstranten waren vor allem Mitglieder der katholischen Kirchengemeinde in Hennef-Happerschoss, wo die Familie rund zwei Jahre im ehemaligen Pfarrhaus gelebt hatte und intensiv betreut worden war. Für eine Rückkehr der Familie demonstrierten auch Lehrer und Mitschüler der Kinder aus der Hennefer Gesamtschule.

Während vor dem Behördenhochhaus demonstriert wurde, versuchten Gemeindepfarrer Christoph Jansen und Diakon Matthias Linse, den Landrat und Ordnungsdezernent Michael Rudersdorf zum Einlenken zu bewegen. Auf dem Internet-Portal [change.org](https://www.change.org) haben Gemeindeglieder inzwischen eine Online-Petition für die Rückholung der Familie gestartet, die bereits von rund 4300 Menschen unterschrieben wurde.

Rechtsdezernent Michael Rudersdorf verteidigte am Mittwoch noch einmal das Vorgehen des Kreises. Er verwies auf Urteile des Kölner Verwaltungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts in Münster, in denen das von der Familie behauptete Ausmaß der Gewalterfahrung angezweifelt werde. Die Behauptung



Für Mitgefühl der Kreisverwaltung mit der abgeschobenen Familie warben die Demonstranten. Fotos: pf



Kritik gab es auch an Landrat Sebastian Schuster.

der Ausländerbehörde, dass die Familie mangelnde Integrationsbereitschaft an den Tag gelegt habe, untermauerte Rudersdorf unter anderem mit den schulischen Leistungen der Kinder und Verhaltensauffälligkeiten des ältesten Kindes.

Mit Unverständnis und Empörung haben unterdessen auch der Katholische Verein für Soziale Dienste (SkM) Rhein-Sieg sowie der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) Bonn und Rhein-Sieg auf die Entscheidung der Ausländerbehörde reagiert. Die Abschiebung der Familie missachte „massiv die Schutzwürdigkeit der Frau und ihrer Kinder und nimmt eine Retraumatisierung und erhebliche Gefährdung in Kauf“, heißt es in der Stellungnahme des SkF. Dessen Geschäftsführerin Jutta Oehmen erinnert daran, dass Deutschland sich mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention verpflichtet habe, Frauen vor Gewalt zu schützen. „Wir erwarten daher, dass die Ausländerbehörde des Rhein-Sieg-Kreises

die Bemühungen um eine Rückholung der Familie unterstützt und ihnen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt“, so Oehmen.

Der SkM verurteilt die Abschiebung als „absolut inhuman und außerdem mit menschenverachtenden Maßnahmen durchgeführt“. Der Verein widerspricht ausdrücklich der Darstellung des Kreises, dass die Familie keine Integrationsbereitschaft gezeigt habe. „Die Frau zeigte sich in unseren Beratungsgesprächen als unbedingt integrationswillig.“ Auch vor diesem Hintergrund sei es unverständlich, weshalb der Kreis der Empfehlung der Härtefallkommission und des Petitionsausschusses, der Familie ein Bleiberecht zu gewähren, nicht gefolgt sei.

